

**Dies ist eine
unverbindliche
Darstellung der
eForms-
formatierten
Bekanntmachung.**

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: [Stadt Braunschweig - FB
Bauordnung und Zentrale Vergabestelle] ---

Art des öffentlichen Auftraggebers: Kommunalbehörden

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:
Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Erschließungsplanung Baugebiet Wenden West II
(Neuausschreibung)

Beschreibung: Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig (Auftraggeber GGB) und die Stadtentwässerung Braunschweig (SE|BS) beabsichtigen die Planungsleistungen für das Erschließungsgebiet „Wenden West, 2.BA“ (WE63) zu beauftragen. Das Planungsgebiet grenzt unmittelbar westlich an den heutigen Ortsrand von Wenden und unmittelbar nördlich an den Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 und umfasst das ca. 18,4 ha große Gebiet zwischen der Straße „Im Heideblick“ im Westen und Norden, der Stadtbahntrasse im Osten und der „Veltenhöfer Straße“ im Süden.

Kennung des Verfahrens:
8b506582-3630-4706-9c27-08f529d37f28

Interne Kennung: 6012-66-25-002

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen
von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71222000
Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322000 Technische
Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322200 Planung von Rohrleitungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Braunschweig, Kreisfreie Stadt (DE911)

Land: Deutschland

2.1.4 Allgemeine Informationen

Verfahrensart

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV kann ein Bewerber im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese – also die eignungsverleihenden Unternehmen – die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Gemäß § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV kann ein Bewerber für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Auf die Möglichkeit der Bildung einer Bewerbergemeinschaft wird explizit hingewiesen.

A. Mindestanforderungen Es ist zu beachten, dass Mindestanforderungen zwingend nachzuweisen sind. Teilnahmeanträge, die die benannten Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden, ggf. nach Nachforderungen, ausgeschlossen. Die Mindestanforderungen sind: 1. Erlaubnis zur Berufsausübung 2. durchschnittlicher Mindestjahresumsatz im vom Auftrag abgedeckten Bereich (spezifischer Mindestumsatz) 3. Versicherungsschutz 4. Referenzen

B. Eignungskriterien Es gibt zwei Arten von Kriterien: A-Kriterien: Diese Kriterien müssen zwingend erfüllt werden. Bei Nichterfüllung wird der Teilnahmeantrag vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. B-Kriterien: Diese Kriterien sind Bewertungskriterien, anhand derer die Eignung des Bewerbers gewertet wird. Mindestens drei und höchstens fünf Bewerber werden zur

Angebotsabgabe aufgefordert. Anhand der B-Kriterien wird die Wertungsreihenfolge aller Teilnahmeanträge bestimmt. 5. Sonstige auftragsbezogene Eigenerklärungen (v. a. zu Auftragsausführungsbedingungen; A-Kriterien) 5.1 Verschwiegenheitspflicht Der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der/die Eignungsleihgeber und der/die Unterauftragnehmer müssen alle ihm/ihnen seitens des Auftraggebers mündlich, schriftlich oder elektronisch zur Verfügung gestellten, nicht allgemein zugänglichen Daten vertraulich behandeln (Verschwiegenheitspflicht) und dürfen sie nur zur Durchführung dieses Vergabeverfahrens sowie des sich ggf. anschließenden Auftrags und/oder zur Erfüllung rechtlicher Pflichten zu verarbeiten. 5.2 „Russland-Erklärung“ Der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der/die Eignungsleihgeber und der/die Unterauftragnehmer dürfen nicht von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 betroffen sein („Russland-Erklärung“). 5.3 Eigenerklärungen nach Landesrecht Einreichen der ausgefüllten und unterschriebenen Erklärung über die Vorlage von Nachweisen nach § 2 der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO) Einreichen der unterschriebenen Mindestlohn-Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG 5.4 Belehrung gemäß Verpflichtungsgesetz Der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der/die Eignungsleihgeber und der/die Unterauftragnehmer müssen die für den Auftrag eingesetzten Mitarbeiter verpflichten, an der Belehrung gemäß Verpflichtungsgesetz mitzuwirken.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

2.1.6 Ausschlussgründe:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: [Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens] ---

Insolvenz: [Insolvenz] ---

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: [Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren] ---

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:
[Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung] ---

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: [Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren] ---

Bildung krimineller Vereinigungen: [Bildung krimineller Vereinigungen] ---

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:
[Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen] ---

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
[Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen] ---

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
[Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung] ---

Betrug oder Subventionsbetrug: [Betrug oder Subventionsbetrug] ---

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: [Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung] ---

Zahlungsunfähigkeit: [Zahlungsunfähigkeit] ---

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
[Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen] ---

Insolvenz: [Insolvenz] ---

Rein nationale Ausschlussgründe: [Rein nationale Ausschlussgründe] ---

Interessenkonflikt: [Interessenkonflikt] ---

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:
[Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung] ---

Schwere Verfehlung: [Schwere Verfehlung] ---

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: [Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags] ---

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
[Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen] ---

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: [Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen] ---

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: [Einstellung der beruflichen Tätigkeit] ---

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: [Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben] ---

Bildung terroristischer Vereinigungen: [Bildung terroristischer Vereinigungen] ---

5 Los

5.1 Los: LOT-0001

Titel: Erschließungsplanung Baugebiet Wenden West II (Neuausschreibung)

Beschreibung: Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig (Auftraggeber GGB) und die Stadtentwässerung Braunschweig (SE|BS) beabsichtigen die Planungsleistungen für das Erschließungsgebiet „Wenden West, 2.BA“ (WE63) zu beauftragen. Die fachlich begleitende Projektbetreuung wird von der Stadt Braunschweig und der SE|BS übernommen. Der GGB sind die Leistungsbilder Verkehrsanlagen, Freianlagen und Ingenieurbauwerk Versickerung, der SE|BS ist das Leistungsbild Ingenieurbauwerk Kanalbau zugeordnet. Das Planungsgebiet grenzt unmittelbar westlich an den heutigen Ortsrand von Wenden und unmittelbar nördlich an den Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 und umfasst das ca. 18,4 ha große Gebiet zwischen der Straße „Im Heideblick“ im Westen und Norden, der Stadtbahntrasse im Osten und der „Veltenhöfer Straße“ im Süden. Die Erschließung erfolgt über die Veltenhöfer Straße. Der Ankauf der für die Realisierung benötigten Flächen ist nicht vollständig abgeschlossen. Es kann erforderlich werden, die Planung an die nicht vorhandene Flächenverfügbarkeit anpassen zu müssen. In Sinne eines integrierten ökologischen Konzeptes wird im Bebauungsplanverfahren „Wenden-West 2. BA“ ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK 2.0) zur klimagerechten Baulandentwicklung gelegt. Ein wesentlicher Aspekt im Plangebiet ist u.a. der sensible und klimaangepasste Umgang mit Regenwasser. So soll anfallendes Regenwasser im Baugebiet nicht einfach über die Kanalisation abgeleitet, sondern gemäß dem Prinzip der Schwammstadt lokal aufgenommen und dem natürlichen Wasserkreislauf zurückgeführt werden. Planung Die Planung hat Hand in Hand in enger Abstimmung im Planungsteam (LB Verkehr, Freianlagen, Kanalbau, Versickerungsanlagen) zu erfolgen und Schnittstellen ganzheitlich zu erfassen und zu planen. Der Planungsprozess ist als iterativ zu verstehen. Planungsbegleitende Grundlagengutachten Die erforderlichen Gutachten liegen entweder vor und werden übergeben, oder werden von der Stadt beauftragt und

beigestellt. Der landschaftspflegerische Plan ist bereits erstellt und die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind quantifiziert und qualifiziert. Weitere Planungen sind für diesen Vertrag nicht erforderlich. Weiterhin ist die Bewertung des Schallschutzes bereits erfolgt. Ein grundlegendes Regenwasserbewirtschaftungskonzept wurde bereits durch ein Ing.-Büro erstellt. Kommunikation sowie Austausch relevanter Informationen und Daten zwischen dem AN und dem Büro sind unabdingbar und einzukalkulieren. Gemäß Lph 1 sind ggf. Anpassungen im Konzept zu bearbeiten bzw. vorzunehmen. Bauphasen Das Plangebiet ist in zwei Bauphasen zu unterteilen, einen nördlichen sowie einen südlichen Bereich. Dabei sind die geplanten sozialen Infrastrukturmaßnahmen wie die Kita's, Einzelhandel und Quartiersgaragen nach Vorgaben des AG sowie die Entwässerung der Verkehrsflächen zu berücksichtigen. Hierbei sind auch mögliche Provisorien zwischen erster Ausbaustufe, Hochbau und Endausbau zu planen da die Infrastrukturmaßnahmen nicht direkt einer Bauphase zuzuordnen sind. Die Verkehrsanlagen und teilweise die Entwässerungseinrichtungen sind in verschiedenen Ausbaustufen zu erstellen. In der ersten Ausbaustufe werden die Planstraßen als Baustraßen und teilweise Entwässerungseinrichtungen einschließlich der Muldenerrichtet. Für die zweite Ausbaustufe, den Endausbau, sind sämtliche Planstraßen inkl. des Straßenbegleitgrüns bzw. die Entwässerungsmulden in Abhängigkeit der vorhandenen Zufahrten zu planen.

Interne Kennung: 0001

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Braunschweig, Kreisfreie Stadt (DE911)

Land: Deutschland

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 14/08/2025

Enddatum: 31/12/2047

5.1.6 Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Nicht mit EU-Mitteln finanziertes Beschaffungsprojekt

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen
über das öffentliche Beschaffungswesen**

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Verringerung
der Auswirkungen auf die Umwelt

**Konzept zur Verringerung der
Umweltauswirkungen:** Anpassung an den
Klimawandel

**Konzept zur Verringerung der
Umweltauswirkungen:** Klimaschutz

**Konzept zur Verringerung der
Umweltauswirkungen:** Die nachhaltige Nutzung und
Schutz von Wasser- und Meeresressourcen

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: Mindestkriterien (A-Kriterien): 1.1
Angaben zu seiner/ihrer Identität und Existenz:
Der Bewerber, die Mitglieder der
Bewerbergemeinschaft, der/die Eignungsleihgeber
und der/die Unterauftragnehmer muss/müssen
Angaben zu seiner/ihrer Identität und Existenz
machen. Gefordert sind die folgenden Angaben:
Name, Anschrift, Ansprechpartner nebst
Kontaktdaten, Niederlassungen,
Unternehmensgröße, Rechtsform,
Gewerbeanmeldung, Handelsregistereintragung,
Berufsregistereintragung,
Kammermitgliedschaften. 1.2 Erlaubnis zur
Berufsausübung Als Berufsqualifikation werden
die Berufe des Ingenieurs und des
Landschaftsarchitekten gefordert. Zugelassen
wird, wer berechtigt ist, die entsprechende
Berufsbezeichnung zu tragen oder in der
Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig
zu werden. Juristische Personen werden als
Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die
Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen
Berufsangehörigen im vorbezeichneten Sinn (d. i.,
wer berechtigt ist, die entsprechende
Berufsbezeichnung zu tragen oder in der
Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig
zu werden) benennen. Die Berufsqualifikation ist
nachzuweisen. Als Nachweis werden akzeptiert: -

eine Eintragung der betreffenden Person bzw. des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen in die Liste der Ingenieure der Ingenieurkammer bzw. in die Liste der jeweils zuständigen Architektenkammer i. S. d. Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.03.2014, S. 65); auf die Parallelvorschriften für ausländische Bewerber in derselben Richtlinie wird ausdrücklich hingewiesen; - bei juristischen Personen - zusätzlich zur Berufsregistereintragung für den benannten verantwortlichen Berufsangehörigen - einen aktuellen Handelsregisterauszug i. S. d. Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.02.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.03.2014, S. 65); auf die Parallelvorschriften für ausländische Bewerber in derselben Richtlinie wird ausdrücklich hingewiesen; - der Nachweis im vorstehenden Sinne darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist nicht älter als zwölf Monate sein. Bei Einsatz eines Unterauftragnehmers oder bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft sind die vorgenannten Eintragungen bzw. Auszüge für jeden der beteiligten Unternehmensträger bzw. jede der beteiligten Personen bzw. jeden benannten verantwortlichen Berufsangehörigen nachzuweisen.

1.3 Leistungen von Bewerbergemeinschaft, Unterauftragnehmer, Eignungsleihgeber Mitglieder und Leistungsteile der Bewerbergemeinschaft Falls das Angebot von einer Bewerbergemeinschaft abgegeben wird, müssen alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die jeweils anderen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft benennen und mitteilen, welche Leistungsteile sie im Rahmen der Bewerbergemeinschaft voraussichtlich erbringen werden. Leistungen der Unterauftragnehmer Falls der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen ist, muss der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft die Leistungen benennen, die er bzw. sie voraussichtlich an Unterauftragnehmer zu vergeben beabsichtigt. Leistungen der Eignungsleihgeber Falls eine Eignungsleihe vorgesehen ist, muss der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft angeben, wofür und in welchem Umfang dies vorgesehen ist, und

der Unterauftragnehmer, der seine Eignung verleiht, bzw. der Eignungsleihgeber, ob und ggf. welchen Leistungsteil er übernimmt, welche Kapazitäten er verleiht, dass er die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stellt, dass er – bei Leihe der beruflichen Leistungsfähigkeit – den betreffenden Leistungsteil auch selbst erbringt, und dass er – bei Leihe der wirtschaftlich-finanziellen Leistungsfähigkeit – die gesamtschuldnerische Haftung übernimmt. Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gem. § 48 VgV
Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB Der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der/die Eignungsleihgeber und der/die Unterauftragnehmer dürfen keine Ausschlussgründe verwirklichen, insbesondere nicht nach §§ 123, 124 GWB. Sollten sie Ausschlussgründe verwirklichen, haben sie hierzu nähere Angaben zu machen und ggf. eine Selbstreinigung nachzuweisen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Mindestkriterien (A-Kriterien):
3.1.1 Unternehmensumsatz im Tätigkeitsbereich gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV Der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und der/die Eignungsleihgeber (falls er die Eignung in wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht verleiht) muss/müssen sowohl seinen/ihren jeweiligen Gesamtumsatz (netto) als auch seinen/ihren jeweiligen Umsatz (netto) in den Tätigkeitsbereichen Objektplanung Verkehrsanlagen, Objektplanung Freianlagen, Objektplanung Ingenieurbauwerke: Kanal, Objektplanung Ingenieurbauwerke: Versickerung in den Geschäftsjahren 2022, 2023 und 2024 (dies sind die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre) angeben. Falls für das Geschäftsjahr 2024 noch kein testierter Umsatz vorliegt, genügt für das Jahr 2023 die Angabe gemäß vorläufigem Jahresabschluss, EÜR, BWA oder Ähnlichem. Bei einem unterjährig endenden

Geschäftsjahr kommt es auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor der Absendung der EU-weiten Bekanntmachung an. Der Auftraggeber verlangt einen durchschnittlichen spezifischen Umsatzerlös in den letzten drei Geschäftsjahren von mindestens 2.000.000 Euro netto pro Jahr.

Berechnungshinweis: Der Jahresdurchschnittsumsatz errechnet sich, indem die Umsatzerlöse für die drei anzugebenden Jahre addiert und durch 3 geteilt werden. Bei Bewerbergemeinschaften werden die Jahresumsatzerlöse der jeweiligen Mitglieder addiert. Bei einer Eignungsleihe in wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht muss die gesamtschuldnerische Haftung von Bewerber und Eignungsleihgeber erklärt werden, vgl. die Erklärung nach B.7_Vordruck Teilnahmeantrag, Teil I.E. 3.2 Versicherungsnachweis gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft und der/die Eignungsleihgeber (falls er die Eignung in wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht verleiht) muss/müssen das Bestehen einer Haftpflichtversicherung ab Leistungsbeginn bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen mit folgender Deckung nachweisen: Personenschäden mindestens 3.000.000 €, Sach- und Vermögensschäden mindestens 3.000.000 €. Als versicherte Risiken müssen alle wesentlichen Tätigkeiten umfasst sein, die der Auftragnehmer nach dem ausgeschriebenen Vertrag erbringt.

Bewertungskriterien (B-Kriterien) anhand derer die Eignung des Bewerbers gewertet wird: - Mindestens drei und höchstens fünf Bewerber werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Anhand der B-Kriterien wird die Wertungsreihenfolge aller Teilnahmeanträge bestimmt. - Bewertung des spezifischen Nettoumsatzes (Bewertungsmatrix ist Teil der Vergabeunterlagen)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Mindestkriterien (A-Kriterien): 4.1 Referenzen - § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft (BG), der/die Eignungsleihgeber (falls er/sie die Eignung in technisch-beruflicher Hinsicht verleiht/ verleihen) und der/die Unterauftragnehmer (soweit er/sie den betreffenden Leistungsteil selbst erbringt/ erbringen) muss/müssen in ihrer Gesamtheit für jedes Leistungsbild mindestens zwei Referenzaufträge aus den letzten zehn Jahren, gerechnet ab dem Tag der Absendung der EUweiten Veröffentlichung, nachweisen. Zu diesem Zweck muss er bzw. müssen sie Angaben zum Referenznehmer (wer hat die vergleichbaren Leistungen erbracht?), zum Referenzgeber (an wen wurden die vergleichbaren Leistungen erbracht?) und zum Referenzinhalt (worin bestanden die vergleichbaren Leistungen?) machen. Im Einzelnen wird verlangt, das Projekt und die erbrachte Leistung dem Inhalt, dem Zeitraum, dem Umfang und dem Wert nach zu Beschreiben und einen Lageplan je Referenz beizufügen.

4.1.1 Mindestanforderung an die Referenz(en)

a) Erbringungszeitraum der Leistung Der Beginn der Leistungserbringung muss nach dem 01.01.2015 erfolgt sein. Die Leistung muss – mit Ausnahme der LPH 9 – spätestens bis zum Schlusstermin der Abgabe der Teilnahmeanträge vollständig erbracht worden sein.

b) Leistungsumfang der Referenzen In den Leistungsbildern (LB) 1-4 sind jeweils mindestens zwei Referenzen nachzuweisen

LB 1: Objektplanung Verkehrsanlagen i. S. d. § 46 HOAI i. V. m. Anlage 13 Nr. 13.1 zur HOAI: - 2 Referenzaufträge für ein Vorhaben eines öffentlichen Auftraggebers über mindestens 15.000 m² Erschließung oder 15.000 m² gestaltete Fläche im innerstädtischen Bereich

LB 2: Objektplanung Freianlagen i. S. d. § 39 HOAI i. V. m. Anlage 11 Nr. 11.1 zur HOAI - 2 Referenzaufträge für ein Vorhaben eines öffentlichen oder privaten Auftraggebers über mindestens 25.000 m² qualifizierte Grünfläche inkl. Spiel- und Bewegungsangeboten

LB 3: Objektplanung Ingenieurbauwerke: Kanal i. S. d. § 42 HOAI i. V. m. Anlage 12 Nr. 12.1 zur HOAI - 2 Referenzaufträge für ein Vorhaben eines öffentlichen Auftraggebers für mindestens 1,2 km Kanalnetz als Erschließung

LB 4: Objektplanung Ingenieurbauwerke: Versickerung i. S. d. § 42 HOAI i. V. m. Anlage 12 Nr. 12.1 zur HOAI - 2

Referenzaufträge für ein Vorhaben eines öffentlichen Auftraggebers oder privaten Auftraggebers für Versickerungs-Mulden. Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärungen und einen Lageplan der Referenz, wobei sich der AG u. a. die Anforderung von Referenzbestätigungen vorbehält. 4.2 technische Fachkräfte und technische Stellen, hier: Ingenieure. Der Bewerber bzw. die BG, der/die Eignungsleihgeber (falls er die Eignung in technisch-beruflicher Hinsicht verleiht/verleihen) und der/die Unterauftragnehmer (soweit er/sie den betreffenden Leistungsteil selbst erbringt/erbringen) muss/müssen mindestens technische Fachkräfte und technische Stellen nachweisen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und welche die folgenden Anforderungen erfüllen: drei Ingenieure für jedes LB, vgl. Ziffer 4.1.1. 4.3 durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl. Der Bewerber bzw. die BG, der/die Eignungsleihgeber (falls er die Eignung in technisch-beruflicher Hinsicht verleiht/verleihen) und der/die Unterauftragnehmer (soweit er/sie den betreffenden Leistungsteil selbst erbringt/erbringen) muss/müssen mindestens eine durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens in den letzten drei Jahren nachweisen, welche die folgenden Anforderungen erfüllen: sechs Ingenieure. Bewertung der Referenzen (B-Kriterien): 4.1.2 Als wertungsfähige Referenzleistungen werden nur anerkannt Leistungen, die den Mindestanforderungen nach Ziffer 4.1.1 entsprechen. Für die je zwei Mindestreferenzen pro LB werden keine Punkte vergeben. Für jede über die je zwei Mindestreferenzen pro LB hinausgehende wertungsfähige Referenz werden 10 Punkte vergeben. Es wird pro LB maximal eine Referenz bewertet, d. h. insgesamt werden maximal vier Referenzen für den gesamten Teilnahmeantrag bewertet. 4.1.3 Für jeden Referenzauftrag – egal für welches LB –, welcher Planungsleistungen für ein Vorhaben einer Schwammstadt beinhaltet, werden Punkte für das B-Kriterium vergeben. Es werden maximal zwei Referenzen wie folgt gewertet: Leistungen für ein Vorhaben mit Schwammstadt bis einschließlich Entwurfsplanung: 5 Punkte. Über die Entwurfsplanung hinaus: 10 Punkte. Zusammenstellung der erreichbaren

Höchstpunktzahlen: Höchstpunktzahl für den Unternehmensumsatz im Tätigkeitsbereich 10; Höchstpunktzahl für die zwei wertungsfähigen Referenzen betreffend Schwammstadt 20; Höchstpunktzahl für je eine wertungsfähige Referenzen in allen vier LB 40; Höchste erreichbare Gesamtpunktzahl 70; Angaben zu B-Kriterien: s. Anlage (B1) Hinweise: Jeder Bewerber kann so viele Referenzen nachweisen, wie er möchte. Der Teilnahmeantrag ist nur dann wertungsfähig, wenn mindestens zwei wertungsfähige Unternehmensreferenzen pro LB eingereicht werden, welche das für die Eignungsprüfung erforderliche A-Kriterium, also die Mindestvoraussetzungen nach Ziffer 4.1.1, erfüllen. Der Auftraggeber wird im B-Kriterium nach Ziffer 4.1.2 höchstens eine Referenz pro LB sowie nach Ziffer 4.1.3 zwei Referenzen betreffend Schwammstadt bewerten. Die zwei Mindestreferenzen pro LB werden im Rahmen des B-Kriteriums nicht bewertet. Durch die Auswertung der Teilnahmeanträge ergibt sich eine Wertungsreihenfolge, anhand derer sich die Platzierung der Teilnehmer ergibt. Der Auftraggeber wird mindestens die drei bestplatzierten (höchstens fünf) Teilnehmer zur Abgabe der Erstangebote auffordern. Werden mehr als die drei Bestplatzierten aufgefordert, so erfolgt dies unter Beachtung der Wertungsreihenfolge. Bei Punktegleichheit entscheidet das Los.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Auftraggeber behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot vor

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Projektkoordinator und stellvertretender Projektkoordinator

Gewichtung (Punkte, genau): 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Leistungsbilder 1-4 (Projektteam)

Gewichtung (Punkte, genau): 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Umsetzung der Planungsaufgabe

Gewichtung (Punkte, genau): 35

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Gewichtung (Punkte, genau): 35

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: DEU

Internetadresse der Auftragsunterlagen: [http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/8b506582-3630-4706-9c27-08f529d37f28] ---

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung:
07/05/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/8b506582-3630-4706-9c27-08f529d37f28

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge:
28/04/2025 12:00 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 109 DAYS

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen ist teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: Yes

Zahlungen werden elektronisch geleistet: Yes

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu

rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Entfällt

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Entfällt

5.1.16 Weitere Informationen, Mediation und Überprüfung

Überprüfungsstelle: [Vergabekammer Nds. beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung] ---

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: [Stadt Braunschweig - FB Bauordnung und Zentrale Vergabestelle] ---

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: [Stadt Braunschweig - FB Bauordnung und Zentrale Vergabestelle] ---

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Braunschweig - FB Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Identifikationsnummer: 4346

Postanschrift: Wendenring 1

Ort: Braunschweig

Postleitzahl: 38114

NUTS-3-Code: Braunschweig, Kreisfreie Stadt (DE911)

Land: Deutschland

E-Mail: beschaffung@braunschweig.de

Telefon: +49 5314702984

Internet-Adresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nds. beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Identifikationsnummer:
50bf671c-13f1-4853-9a65-8a04e17f9153

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

NUTS-3-Code: Braunschweig, Kreisfreie Stadt (DE911)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131153306

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung:
8b506582-3630-4706-9c27-08f529d37f28-01

Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen

Beschreibung: Änderung Sektion 5.1.9

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c14a09e5-fcc3-4f3e-82a4-22ee69d7cd02 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung - Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:
10/04/2025 16:57 +02:00

**Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell
verfügbar ist:** Deutsch